

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/ 9824216

E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Bewegender Moment im Bundestag

Marcel Reich-Ranicki spricht in Gedenkstunde als Zeitzeuge über den Holocaust



(Quelle: Deutscher Bundestag)

Ein prägendes Ereignis seines Lebens hat Marcel Reich-Ranicki in der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus geschildert: die Anordnung der „Umsiedlung“ der Bewohner des Warschauer Gettos durch die SS am Mittwoch, 22. Juli 1942. Der 91-jährige Literaturkritiker und Überlebende des Warschauer Gettos schilderte als Gastredner im Plenarsaal des Deutschen Bundestages, was sich damals im Hauptgebäude des „Judenrates“ des Gettos zutrug. Reich-Ranicki, der im Gebäude als Übersetzer für den Judenrat arbeitete, wurde in das Zimmer des Obmanns Adam Czerniaków gerufen. Er fürchtete, von den gerade vorgefahrenen SS-

Männern in Czerniakóws Büro als Geisel verhaftet zu werden.

Doch der SS-Sturmbannführer Hermann Höfle, Leiter der allgemein „Ausrottungskommando“ genannten Hauptabteilung Reinhard beim SS- und Polizeiführer, suchte einen Protokollanten.

„Höfle wollte wissen, ob ich stenografieren könne. Da ich verneinte, fragte er mich, ob ich imstande sei, schnell genug zu schreiben, um die Sitzung, die gleich stattfinden werde, zu protokollieren. Ich bejahte knapp“, erzählte Reich-Ranicki.

Nachdem Reich-Ranicki als Protokollant der Sitzung erfahren hatte, dass die SS die sofortige „Umsiedlung“ der Warschauer Juden „nach Osten“ anordnete, schien es ihm, als wüssten die Angestellten des „Judenrates“, was sich eben ereignet hatte – dass „über die größte jüdische Stadt Europas das Urteil gefällt worden war – das Todesurteil“. Als er vernahm, dass unter anderem die Ehefrauen und Kinder der beim „Judenrat“ beschäftigten Personen von der „Umsiedlung“ ausgenommen sind, ließ er sofort seine Freundin Teofila, genannt Tosia, herbeirufen. Er fand einen Rabbiner, der sie noch am gleichen Tag traute. Reich-Ranickis Ehefrau

Teofila war 2011 nach 69 gemeinsamen Ehejahren verstorben.

Ebenfalls am 22. Juli sah er den Obmann Adam Czerniaków zum letzten Mal. Am Tag darauf habe die SS von ihm verlangt, dass die Zahl der zum „Umschlagplatz“ zu bringenden Juden für den nächsten Tag von 6.000 auf 10.000 und danach auf täglich 7.000 zu erhöhen sei – keine willkürlichen Ziffern, sondern „allem Anschein nach von der Anzahl der jeweils zur Verfügung stehenden Viehwaggons“ abhängig. Kurz darauf habe sich Czerniaków mit Zyankali in seinem Amtszimmer das Leben genommen. In einem Abschiedsbrief stand: „Sie verlangen von mir, mit eigenen Händen die Kinder meines Volkes umzubringen. Es bleibt mir nichts anderes übrig, als zu sterben.“

Reich-Ranicki schloss mit den Worten: „Die in den Vormittagsstunden des 22. Juli 1942 begonnene Deportation der Juden aus Warschau nach Treblinka dauerte bis Mitte September. Was die ‚Umsiedlung‘ der Juden genannt wurde, war bloß eine Aussiedlung – die Aussiedlung aus Warschau. Sie hatte nur ein Ziel, sie hatte nur einen Zweck: den Tod.“

Eröffnet wurde die Gedenkstunde im Beisein von Bundespräsident Christian Wulff, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Bunderatspräsident Horst Seehofer und Bundesverfassungsgerichtspräsident Prof. Dr. Andreas Voßkuhle mit Frédéric Chopin: Prof. Dr. Jascha Nemtsov am Klavier und Prof. Dr. Kolja Blacher auf der Violine spielten das Nocturne in cis-Moll. Der polnische Pianist und Komponist Władysław Szpilman hatte dieses Stück im polnischen Rundfunk gespielt, als dieser seine Sendung wegen des Angriffs deutscher Truppen auf Warschau unterbrach.

Darauf machte Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert zu Beginn der Gedenkstunde aufmerksam. Mit demselben Stück – abermals gespielt von Szpilman - nahm der polnische Rundfunk seine Sendungen nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf.

(Weitere Informationen zur Gedenkveranstaltung im Bundestag finden Sie auf der Homepage des Parlaments unter:

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/37432080_kw04_gedenkstunde/index.html

DIE AKTUELLE PLENARREDE:

Bereits am gestrigen Donnerstag beschäftigte sich der Bundestag mit der deutschen Vergangenheit. Das Plenum debattierte über einen Antrag der Linkspartei zur Situation der NS-Gedenkstätten in Polen. Als zuständiger Berichterstatter der Unionsfraktion im Ausschuss für Kultur und Medien ergriff Thomas Strobl für die christlich-liberale Koalition das Wort. Sie finden anliegend das stenographische Protokoll seines Redebeitrages:

Thomas Strobl (Heilbronn) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In dem Antrag „Erhalt der Gedenkstätten nationalsozialistischer Vernichtungslager sicherstellen“ fordert die Fraktion Die Linke die Bundesregierung auf, mit Finanzmitteln dazu beizutragen, dass die in Polen gelegenen Erinnerungsorte der Schoah erhalten werden können. Hierauf möchte ich antworten: Sie rennen offene Türen ein. Diese Bundesregierung tut das doch längst, und sie tut das in beträchtlichem Umfang, sowohl in Polen als auch bei uns in Deutschland.

Die vier großen KZ-Gedenkstätten in Thüringen und Brandenburg und seit 2009 zusätzlich die westdeutschen KZ-Gedenkstätten Bergen-Belsen, Neuengamme, Dachau und Flossenbürg sind in die institutionelle Förderung des Staatsministers für Kultur und Medien aufgenommen worden. Der Staatsminister für Kultur und Medien fördert auch die Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ sowie das Haus der Wannsee-Konferenz, die ja, wie Kollege Wieland schon gesagt hat, fast exakt in diesen Tagen vor 70 Jahren stattgefunden hat und an die wir uns zu Recht erinnern.

Auch außerhalb Deutschlands übernimmt die Bundesrepublik Deutschland Verantwortung dafür, dass an die Verbrechen der Nationalsozialisten erinnert wird. Allein zum Erhalt der als Erinnerungsort bedeutsamen Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau hat der Bund seit 2009 in enger Kooperation mit den Ländern 60 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und sich dabei eng mit der polnischen Seite und weiteren internationalen Partnern abgestimmt.



Das heißt: Der im Antrag der Linken implizit enthaltene Vorwurf, diese Koalition unterstütze die Erinnerung an die NS-Verbrechen nicht oder nicht im nötigen finanziellen Umfang, entbehrt jeglicher Grundlage. Das Gegenteil ist wahr.

(Beifall bei der
CDU/CSU und der FDP)

Tatsache ist: Die Erinnerung an die NS-Zeit und ihre Verbrechen gehört zu den Kernanliegen dieser Bundesregierung und dieser Koalition. Daraus folgende finanzielle Verpflichtungen nimmt sie peinlich genau und in vollem Umfang wahr. Wahr ist aber auch: Diese Bundesregierung und diese Koalition widerstehen der Versuchung eines allzu wohlfeilen, geradezu gönnerhaften Angebots von Finanzhilfen an europäische Nachbarstaaten wie Polen, dessen Regierung um solche Hilfen überhaupt nicht gebeten hat.

(Wolfgang Bönstrup
(Bönstrup) (CDU/CSU):
Richtig!)

Ein Finanzierungsangebot unsererseits könnte den Eindruck erwecken, unsere europäischen Freunde seien zum Erhalt von Gedenkstätten nicht selbst imstande, obwohl sie sich in den Verhandlungen zur Theresienstädter Erklärung vom 30. Juni 2009 faktisch genau dazu bekannt und verpflichtet haben.

Vom polnischen Botschafter, mit dem ich letzte Woche ein langes und konstruktives Gespräch geführt habe, weiß ich, wie entschlossen das polnische Volk ist, aus eigener Kraft seinen internationalen Verpflichtungen vollumfänglich nachzukommen, und wie ungern es allgemein gesehen wird, durch ungebetene deutsche Finanzhilfen quasi indirekt abgesprochen zu bekommen, dazu in der Lage zu sein. Meine verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Polen ist ein starker Partner Deutschlands, kein hilfsbedürftiger Kostgänger. Wir sollten jeden Eindruck, der in diese Richtung geht, vermeiden.

(Beifall bei Abgeordneten
der CDU/CSU und der
FDP)

Auf die Gedenkstätte Sobibor, die im Antrag der Linken namentlich erwähnt ist, übertragen, heißt das: Nur weil im Sommer 2011 aufgrund administrativer Regelungen vor Ort ein Finanzierungsengpass entstand, besteht noch lange kein Grund, bei uns die Alarmglocken zu läuten und mit ungebeten finanziellen Zuwendungen in Warschau voreilig vorstellig zu werden.

Tatsächlich hat die polnische Regierung selbst schon hinreichende Korrekturen vorgenommen. Warschau hat die Verwaltung Sobibors Anfang 2012 dem Kultusministerium unterstellt und damit zur Chefsache erklärt, was als hinreichende Garantie für die Zukunft der Gedenkstätten in Polen anzusehen ist. Damit erübrigt sich jede ungebetene Finanzhilfe unsererseits. Sie würde, wie gezeigt, möglicherweise beleidigend wirken, falls wir sie Polen dennoch anböten, ja, geradezu aufdrängen.

Dazu wollen wir es nicht kommen lassen. Deswegen lehnen wir den Antrag der Linken ab.



Erlauben Sie mir zum Schluss noch einen Gedanken, gerade angesichts des morgigen internationalen Holocaust-Gedenktages: Wir sind uns alle einig, dass sich die menschenverachtenden Völkermordaktionen Nazideutschlands niemals wiederholen dürfen. Wir sind sicher alle gleichermaßen aufgeschreckt angesichts der Zeitungsberichte in dieser Woche, denen zufolge antisemitische Einstellungen bei uns wieder auf dem Vormarsch sind, zumindest in latenter Form.

Wenn das zutrifft - davon ist angesichts der Seriosität der Erhebungsmethoden auszugehen -, muss man sich die Frage stellen: Welchen zusätzlichen Weg können wir gehen, um das Wiederaufleben jüdenfeindlicher Gesinnung zu verhindern,

wenn die pädagogische Kultur des routinierten Gedenkens es offenkundig allein nicht schafft, wie es eine deprimierte Charlotte Knobloch am Montag fast schon verzweifelt ausdrückte?

Was können wir ergänzend tun, um das virulente Gift des Rassismus wirksam zu neutralisieren, das offensichtlich noch immer in den Menschen steckt? Dieses hat übrigens - das sage ich ohne Häme und ohne parteipolitische Kampfeslust - längst auch die Linkspartei befallen, wie die Vorgänge in ihrem Duisburger Kreisverband im Jahr 2011 belegen.

Das größte Denkmal, das wir den Opfern des Holocaust errichten können, liegt nicht in Polen, liegt nicht in Deutschland oder sonst wo, sondern in uns selber.

(Wolfgang Börsen
(Bönstrup) (CDU/CSU):
Richtig!)

Es ist kein in Stein gehauenes Mahnmal. Es kostet auch kein Geld. Vielmehr ist es der täglich aufs Neue gefasste Entschluss unseres Herzens, Menschlichkeit zu üben, immer und überall und gegenüber jedermann. Eine solche Praxis ist alles in allem die bestmögliche Antwort.

Sie kostet nichts außer einer Willensanstrengung und ist dennoch unendlich viel wertvoller als jede Geldinvestition.

(Beifall bei Abgeordneten
der CDU/CSU und der
FDP)

Das ist der Grund, warum wir den Antrag der Linken ablehnen.

(Beifall bei der
CDU/CSU und der FDP)

ANTRAG ZUR MILLENIUMSENTWICKLUNG

Bis 2050 wird die Weltbevölkerung auf 9 Milliarden Menschen anwachsen. Grund genug, sich heute schon Gedanken über die Ernährungssicherheit in globalem Maßstab zu machen. Die Koalitionsfraktionen tun dies intensiv.

Wie der Vorsitzende der CDU Landesgruppe Baden-Württemberg betont, haben Union und FDP etwa im September 2011 einen entsprechenden Antrag formuliert, der diese Woche abschließend beraten und beschlossen wurde.



Der Antrag bestärkt die Bundesregierung in ihrem Ziel, die Entwicklung des ländlichen Sektors zu einem Förderschwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik auszubauen.

Dabei soll durch die Unterstützung von „Good Governance“ auf eine Verbesserung der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern hingewirkt werden. Auch sollen die Partnerländer dafür gewonnen werden, ländliche Räume zu entwickeln und damit ihren Verpflichtungen zur Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung in ihren Ländern nachzukommen.

Hintergrund des Antrages ist die Tatsache, dass die Zahl der Hungernden seit 1997 wieder ansteigt und 2009 auf eine „Rekordzahl“ von etwa einer Milliarde Menschen angestiegen ist. Damit ist das Erreichen des Millenniumentwicklungszieles, den Anteil der Hungernden auf der Welt bis zum Jahre 2015 auf die Hälfte zu reduzieren, in weite Ferne gerückt.

Thomas Strobl bezeichnete den Antrag als wichtiges Signal in die richtige Richtung und betonte, dass eine unverzichtbare Voraussetzung zur Sicherstellung der Ernährungsbasis eine politische Unterstützung der heimischen Nahrungsmittelproduzenten sei, insbesondere der Landwirte.

„Wir müssen den Schulterschluss mit den Bauern suchen, wenn wir die Ziele erreichen wollen, die der Millenniumsentwicklungsplan vorsieht. Darum ist es wichtig, auf Sorgen und Nöte der deutschen Landwirte einzugehen und sie nicht mit ideologischen Vorgaben zu bombardieren, die an ihrer praktischen

Situation vorbeigehen“, sagte Thomas Strobl, der am heutigen Freitag in Ilsfeld als Hauptredner beim Bauerntag der Kreise Heilbronn/Ludwigsburg sein wird und auf Wunsch der Veranstalter ein Referat hält zum Thema „Landwirtschaft im globalen Markt – wie kann die deutsche Landwirtschaft konkurrieren?“

Nähere Informationen zum Thema können dem im Internet abrufbaren Antrag der Koalitionsfraktionen entnommen werden (Drs. 17/8430, 23.01.2012).

WEITERE THEMEN DER WOCHE:

- **Untersuchungsausschuss Neo-Nazi-Morde**
- **Afghanistanpolitik**
- **Transeuropäisches Verkehrsnetz**

Nähere Informationen dazu erhalten Sie auf Wunsch gerne zugesandt. Kontakt unter 030 / 227 72542.

TERMINHINWEIS:

In dieser Woche hat der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag und Vorsitzende der CDU Baden-Württemberg Thomas Strobl auf den traditionellen Politischen Aschermittwoch in Fellbach hingewiesen.



Diese Veranstaltung hat sich in den letzten Jahren zum größten politischen Stammtisch in Baden-Württemberg und nach Passau zum zweitgrößten bundesweit entwickelt. In diesem Jahr hat die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Bundesministerin Ursula von der Leyen, zugesagt, nach Fellbach zu kommen.

Hier wird die CDU Baden-Württemberg mit klaren Worten und deutlichen Positionen ihre politischen

Vorstellungen und die Alternativen zur rot-grünen Landesregierung deutlich machen. Alle Leser sind herzlich eingeladen, am 22. Februar 2012 um 11.00 Uhr (Einlass 9.30 Uhr) in die Alte Kelter nach Fellbach zu kommen, um ein Zeichen der Stärke und Geschlossenheit der CDU-Baden-Württemberg zu setzen.

Den ausführlichen Informationsflyer zur Veranstaltung können Sie über folgende Internetadresse beziehen:

<http://dl.dropbox.com/u/44403938/CDU-Flyer/2012-02-22-ENL-Politischer-Aschermittwoch-2012-WebFlyer.pdf>

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter
Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

- Vorsitzender des Ersten Ausschusses
- Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
- Vorsitzender des Vermittlungsausschusses
- Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227-72542
Fax 030 / 227-70132